

## Ökonomische Hintergründe der tschechoslowakischen Krise

Kaum jemand, und ganz gewiß nicht die tschechischen Reformer, bestreitet heute noch ernsthaft, daß die administrative Form der Wirtschaftslenkung, wie sie in der Sowjetunion entwickelt wurde auf einer bestimmten Entwicklungsstufe der Produktion, unter dem Druck faschistischer Bedrohung oder eines akuten Nachholbedarfes, höchst effizient, ja in dieser historischen Phase vielleicht die Methode war, die allein den Fortschritt im Interesse der Arbeiterklasse sichern konnte<sup>1)</sup>. Niemand auch, und nicht einmal ein DKP-Mitglied, kann leugnen, daß jedes System der Wirtschaftslenkung von Zeit zu Zeit durch partielle oder umfassendere Reformen dem neuesten Stand der Produktivkräfte angepaßt werden muß<sup>2)</sup>. Auf dieser unverbindlich abstrakten Ebene kann man sich trefflich einigen und brüderlich Marxismus treiben. Im konkreten aber muß es doch mit den Prager Reformern etwas ganz besonderes auf sich haben, das die orthodoxen kommunistischen Parteien ziemlich enervierte. Sonst bliebe es unerklärlich, warum zur brüderlichen Hilfsaktion gleich soviel Panzerdivisionen antraten.

### II

Die Reformbestrebungen würden unverstänlich bleiben, wenn man sie nicht im gesamten historischen Kontext und insbesondere im Zusammenhang mit der für ein so relativ wohlhabendes sozialistisches Land beispiellosen *Wirtschaftskrise* sieht, von der die CSSR zu Anfang der sechziger Jahre erschüttert wurde.

Der direkte Anlaß zur jähen Drosselung der Produktion lag darin, daß die völlig unrealistischen Planziele im ersten Jahr des dritten Fünfjahresplanes in sehr umfangreichem Maße nicht erfüllt wurden. Das wiederum hatte einen Multiplikationseffekt zur Folge, der um so größer war, je weniger flexibel die Betriebe in ihrer Produktionsplanung reagieren konnten. Die administrative Zentralplanung war im Unterschied zur frühindustriellen in der jetzigen, durch hohe Spezialisierung und Diversifizierung gekennzeichneten Phase offenbar nicht mehr in der Lage, auf zufällige Änderungen der Daten so zu reagieren, daß eine schwerwiegende Desorganisation der Wirtschaft verhindert werden konnte.

Dieses Faktum allein müßte einem Marxisten Skrupel kommen lassen, ob bloß einige technische Verbesserungen am bestehenden Planungsverfahren Abhilfe schaffen können, oder ob hier nicht tiefgreifende gesellschaftliche Widersprüche aufbrechen, die eine auch politisch umfassende Neuorientierung notwendig machen; denn die Unzulänglichkeiten des sowjetischen Modells zeichneten sich spätestens seit 1956 klar ab. Will man nicht in idealistisches Geschwätz verfallen, dann kann man sich nicht mit rührenden Eingeständnissen von Fehlern, die nun mal begangen worden seien, begnügen, als hätte der Himmel versehentlich das Licht in den Köpfen der Planer ausgeknipst; dann kann man sich nicht damit abspeisen lassen, daß alle Schuld auf bestimmte Personen geschoben wird, sondern muß die materiellen Interessen bloßlegen, aus welchen heraus die in Partei und Staat führende Schicht zäh an administrativen Leistungsformen festgehalten hat, die den Interessen der werktätigen Massen zuwiderlaufen. Das plötzliche Sinken des Nationaleinkommens um viele Milliarden Kronen, die negative Außenhandelsbilanz, die Stagnation der Produktion, all dies kam nicht von ungefähr, sondern war notwendige

1) O. Sik in: Temps Modernes, XX, S. 2117.

O. Sik, Plan u. Markt im Sozialismus, Wien 1967, S. 43 u. 52 f. 2

2) Vgl. B. Hartmann in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Sept. 1968, S. 917.

Folge der zum Schematismus verkommenen Politökonomie. Insbesondere hat es sich fatal gerächt, daß man die *Ware-Geld-Beziehung* im Sozialismus idealistisch meinte wegdeduzieren zu können.

Nach *Marx* war es der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Arbeit und privater Aneignung, der in der Warenbeziehung, dem Funktionsprinzip des Kapitalismus, seine vorübergehende historische Lösung fand. Dadurch daß im Sozialismus die Produkte gesellschaftlich angeeignet werden, ist jener grundlegende Widerspruch aufgehoben und der Weg zur Überwindung der indirekten durch den Warenverkehr vermittelten gesellschaftlichen Arbeit frei. *Lenin* stellte klar, daß mit der politischen Revolution aber noch lange nicht jede Arbeit automatisch zu direkt *gesellschaftlich notwendiger* wird, und daß daher die Warenproduktion im Sozialismus insoweit fortbestehen muß, wie eine rationelle Planung noch undurchführbar ist. Er brachte diesen Fortbestand mit der seinerzeit praktisch bedeutendsten Form, der klein-bäuerlichen Warenproduktion, in Verbindung, ohne das Problem theoretisch tiefer zu untersuchen<sup>3)</sup>. Das nutzte *Stalin*, um diese historisch bedingte Hauptform der Warenbeziehung idealistisch zu überhöhen und zu deren Wesen zu befördern. Nach Aufstellung dieser falschen Prämissen ließ es sich dann prächtig ableiten, daß mit der Kollektivierung der Landwirtschaft zugleich auch die Warenproduktion abgeschafft worden sei<sup>4)</sup>.

Es soll hier nicht auf die Sonderinteressen eingegangen werden, denen in der SU diese groteske Verkehrung der dialektischen Methode diene. Ehe wir uns den Gründen zuwenden, derentwegen diese krausen stalinistischen Theorien der CSSR aufoktroiert wurden, sollten wir uns den Kern des Problems noch einmal klar machen, der simpler ist, als es manchen, die sich als Marxisten ausgeben, recht sein kann. In dem Maße, wie die zentralen Planungsorgane nicht vorhersehen können, ob ein konkreter Arbeitsaufwand sich am Ende als gesellschaftlich notwendig erweisen wird, kann von direkter gesellschaftlicher Arbeit nicht die Rede sein. Solange beispielsweise die Natur für eine gering technisierte Landwirtschaft genausowenig berechenbar ist, wie der Wandel in den Verbrauchergewohnheiten, solange wird es sich erst im nachhinein herausstellen, ob der Bauer seinen Kohl für den Kochtopf oder für den Komposthaufen produziert hat. Dieser Widerspruch zwischen Wert und Gebrauchswert, wie ihn *Ota Sik* etwas ungenau nennt, kann nicht durch die Veränderung der Eigentumsformen wie durch einen Zauber beseitigt werden, noch hängt er im wesentlichen vom guten Willen der Planer ab<sup>5)</sup>. Vielmehr beruht er einerseits auf der besonders in einigen Sektoren geringen Beherrschbarkeit der Natur, d. h. auf der unvollständigen Entwicklung der Produktivkräfte selbst; andererseits hat er seinen Grund in der ungenügenden Bestimmbarkeit der menschlichen Bedürfnisse.

Man würde in müßige Spekulationen verfallen, wenn man darüber philosophieren wollte, ob diese beiden Bedingungen für die indirekte Arbeit jemals ganz wegfallen werden. Immerhin steht fest, und das beweisen nicht zuletzt die Reformversuche von *Liber mann* über *Ulbricht* bis zu *Ota Sik*, daß diese Widersprüche im Sozialismus praktisch noch nicht überwunden werden können. Die Warenbeziehung ist die historische Lösung dieses Widerspruchs. Insoweit ist auch der partielle Fortbestand des Marktes samt seiner Anarchie im Sozialismus notwendig und vernünftig, während die Irrationalität des Marktverhältnisses im Kapitalismus sich daran mißt, daß die Möglichkeit zu rationaler gesellschaftlicher Planung durch das Privateigentum verstellt ist.

Für *Bernd Hartmann*, immerhin Mitbegründer der DKP, läßt sich hingegen die „Marktwirtschaft nicht mit der sozialistischen *Idee* vereinbaren“<sup>6)</sup>. Hart im Raume

3) Lenin, X. Parteitag der KPR/B, zitiert nach O. Sik, Plan u. Markt im Sozialismus a.a.O., S. 21.

4) Stalin, Probleme des Leninismus Zürich 1934, S. 523 f.

5) O. Sik, Plan und Markt im Sozialismus a.a.O., S. 215 und S. 221.

6) Blätter für deutsche und internationale Politik, Sept. 1968, S. 917.

stoßen sich die ideellen Dinge, hie Plan, hie Marktarchie. Da wird das dogmatische Weihwasser gegen die „unkritischen Theoretiker, die sich für Sozialisten halten“, verspritzt. Die Konzeption der tschechischen Reformer, die im Gegensatz zum früheren administrativen in ihrem „ökonomischen Leitungssystem“ Markt und Plan zu vermitteln suchten, wird vorsorglich zu einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ verkehrt, um unbelebte Assoziationen an die „soziale Marktwirtschaft“ des Herrn *Erhard* zu wecken.

### III

Die administrative Planung, die vorwiegend auf die quantitative Erweiterung und nicht auf die Rentabilität der Produktion abstellte, konnte solange vertretbare Ergebnisse erzielen, als die *Produktionssteigerung* ein schnelleres Tempo aufwies als die *Produktionsmittelerweiterung*. Mit Erschöpfung der Ressourcen für dieses extensive Wachstum, gekennzeichnet, unter anderem durch einen sich verschärfenden Mangel an Arbeitskräften, stiegen die Reproduktionskosten, vor allem die notwendigen Erneuerungsinvestitionen, schneller als das Sozialprodukt<sup>7)</sup>. Zugleich fiel die Arbeitsproduktivität derart, daß zur Schaffung desselben Wertes in den USA z. B. 185 kg Stahl nötig sind, während es in der CSSR 435 sind. Infolgedessen sank das konsumierbare Einkommen der Bevölkerung, sei es durch eine allgemeine Teuerung, sei es dadurch, daß die Arbeiter Geld bekamen, für das sie keine Waren kaufen konnten. Wohnungen etwa sind so gut wie nicht zu haben; denn die CSSR liegt mit Portugal und Spanien am Ende der Liste hinsichtlich Neubauten<sup>8)</sup>. Stattdessen sind oft riesige Fundamente für ganze Fabriken, die nie fertiggestellt wurden, gegossen worden, da die Baufirmen ihre Normen in Kubikmetern verarbeitetem Beton zu erfüllen hatten.

Besonders wichtig für den Ablauf der Krise und die daraus folgenden politischen Konsequenzen ist die Rolle des Außenhandels, den die CSSR zu 80 vH mit den sozialistischen Staaten und zum überwiegenden Teil mit der SU abwickelt, deren zweitgrößter Handelspartner sie mit einem Anteil von 10,8 vH ist<sup>9)</sup>. Das langanhaltende Wachstum der Produktionsbasis der Schwerindustrie verlangte zusammen mit den plötzlich erhöhten Investitionen der Jahre 1961 bis 1962, denen die Effektivität dieser Fonds und die Arbeitsproduktivität nicht entsprachen, einen riesigen *Materialimport*, der nicht voll durch Export der eigenen, relativ sinkenden Arbeit kompensiert werden konnte. Die Nichterfüllung des unrealistischen Planes der landwirtschaftlichen Produktion hatte bedeutende Versorgungsschwierigkeiten zur Folge, die nur durch höhere Importe gemildert werden konnten. Um eine allzu große Erhöhung des Handelsbilanzdefizits zu vermeiden, mußte die Einfuhr von gerade so dringend zur qualitativen Verbesserung der Produktion benötigten Spezialmaschinen und bestimmten Rohstoffen gekürzt werden, während für die Grundrohstoffe und öl langfristige Abnahmeverpflichtungen bestanden. Das aber rief nur eine erneute Kettenreaktion hervor. So wurde der Außenhandel, laut Ota Sik, zum direkten Anlaß der Stagnation der Produktionsentwicklung, auch wenn seine eigene Entwicklung nur eine Widerspiegelung des negativen extensiven Wachstums der Produktion war<sup>10)</sup>.

Damit ist aber die Dialektik von Außenhandel und politökonomischer Struktur noch nicht erschöpft. Der Übergang zu einer intensiveren Produktionsweise würde nämlich einen einschneidenden Rückgang der Materialimporte aus der SU nach sich ziehen. Das wäre oberflächlich gesehen, vielleicht noch nicht Grund genug für einen bewaffneten

7) O. Sik, Plan und Markt im Sozialismus, S. 330 f.

8) Le Monde Tom 2. 7. 1968, Bericht von Michel Tatu.

9) Neue Zürcher Zeitung (NZZ) vom 13. 9. 1968, Bl. 19.

10) O. Sik Plan und Markt im Sozialismus S 50;

Überfall, wenn nicht die Sowjetunion phantastische Extraprofiten im Handel mit der CSSR machen würde. Die *terms of trade* sind dermaßen verzerrt, d. h. die SU verkauft ihre Produkte so hoch über den Weltmarktpreisen und kauft so weit unter diesen ein, daß etwa im Jahre 1966, wo das rein rechnerische Aktivsaldo der Zahlungsbilanz nur 8 Mill. D-Mark betrug, in Wirklichkeit ein Überschuß von 5611 Mill. DM in die SU abfloß »).

Durch diese Praktiken wurden 11 vH des tschechischen Nationaleinkommens, was im Vergleich mehr ist als der Anteil der gesamten Investitionen in der Bundesrepublik, ins Ausland transferiert. Es läßt sich ausmalen, um wie viele Milliarden DM die SU sich auf diese Weise bereichert hat, wenn man bedenkt, daß 1966 mit 8 Mill. DM ein extrem niedriges Aktivsaldo erreicht wurde und daß allein im Zeitraum seit 1960 rein bilanzmäßig Schulden der SU in Höhe von 1600 Mill. DM aufgelaufen sind<sup>12)</sup>. Diese Schulden werden praktisch nicht verzinst und sind nur in lächerlich geringem Umfang konvertierbar. Sie hatten also den Charakter von Zwangsabgaben<sup>13)</sup>.

In Anbetracht dessen rührt besonders die Großzügigkeit, mit der die Sowjetführung die ihr angetane Unbill vergißt und schon wenige Wochen nach der militärischen Hilfsaktion die wirtschaftlichen Folgen läßt, an der die CSSR weit schwerer noch zu tragen haben wird. Nicht nur, daß die Sowjetrevisionisten durch ihre Ausbeutungspolitik die tschechische Wirtschaft in eine Krise getrieben haben, wie sie kein Industrieland seit dem Zweiten Weltkrieg gesehen hat, und daß die Tschechoslowaken den unmittelbaren Schaden der Invasion in Höhe von 4 bis 5 Mrd. tschechischer Kronen selber tragen dürfen<sup>14)</sup>, zeugt von der Solidarität dieser wackeren sozialistischen Brüder; die letzten Zweifel über den wirklichen Charakter des Breschnew-Regimes vergehen, wenn man sieht, wie hilfsbereit sie ihre minderwertigen<sup>15)</sup> Rohöl- und Eisenerzlieferungen erhöhen<sup>16)</sup> und dafür nur 167 vH bzw. 179 vH dessen fordern, was die westlichen Kapitalisten zu zahlen haben<sup>17)</sup>. Die engere Bindung an das COMECON und die Pflicht, noch mehr sowjetische Rohstoffe abzunehmen, wirken sich so aus, als wenn man jemandem, dem das Wasser bis zum Halse steht, freundlicherweise den Kopf noch ein wenig herunterdrückt.

Nicht nur die fatale extensive Entwicklung der Schwerindustrie wird so noch verschärft, sondern die CSSR ist dadurch auch weiterhin nicht in der Lage, ihre eigenen Rohstoffe zu veredeln. Die gesamte Uranerzförderung, die zu den bedeutendsten der Welt zählt und nur um wenig geringer als die der USA ist, wird unverarbeitet in die SU exportiert. Es wirkt da fast naiv, wenn der tschechische Atomforscher *Pekarek* sich fragt, warum die CSSR praktisch rohes Erz wie der zurückgebliebene Kongo liefert, statt reines Uranium oder Brennelemente, zu deren Herstellung sie durchaus in der Lage wäre<sup>18)</sup>. Gewiß würde sich der genannte Betrag der in die SU verschobenen Werte noch einmal gewaltig erhöhen, wenn diese Lieferungen sowie die erheblichen Waffenexporte berücksichtigt würden, die in keiner Außenhandelsbilanz auftauchen. Um das Maß voll zu machen, durfte sich die ausgepowerte Tschechoslowakei, die selber Mittel zur Modernisierung und Umstrukturierung ihrer Industrie so dringend benötigt, im Moskauer Abkommen vom 23. September 1968 für die Hilfsaktion erkenntlich zeigen, indem sie der

11) NZZ vom 6. 10. 1968, Blatt 33.

12) Quelle: Vneschtschnajaja Torgowlja SSSR 1962, 1964, 1966.

13) NZZ vom 3. 9. 1968 Bl. 13; u. 6. 10. 1968, Bl. 34.

14) NZZ, 1. 9. 1968, Blatt 33.

15) Das sowjetische Erdöl hat einen unverhältnismäßig hohen Schwefelgehalt und erfordert teure zusätzliche Raffinerieanlagen. — Das Kriwoi-Rog Eisenerz hat einen so übermäßigen Siliziumgehalt, daß erheblich mehr Kalk und Koks zur Verhüttung benötigt wird.

16) NZZ v. 20. 10. 1968, Bl. 35.

17) Errechnet nach Vneschtschnajaja Torgowlja SSSR za 1966 god. Moskwa 1967; vergl. auch die Zahlenangaben in Peking Rundschau 1968, Nr. 50, S. 26 ff.

18) NZZ v. 6. 10. 1968, Bl. 34.

SU einen Kredit in Höhe von 2,2 Mrd. DM gewährte, dessen Rückzahlung ab 1975 erfolgt<sup>19)</sup>.

Grundsätzlich ist es natürlich gerechtfertigt, daß die Außenhandelspreise zwischen sozialistischen Ländern von den am Weltmarkt realisierten abweichen, da letztere Ausdruck des imperialistischen Ausbeutungsverhältnisses sind. Doch wie sehr diese internationale Solidarität zu einer Einbahnstraße geworden ist, zeigte sich deutlich, als im Frühjahr 1968 eine Delegation tschechoslowakischer Frechlinge, unter Führung von *Smrkovsky* und *Sik* es wagte, in Moskau anzufragen, ob sie nicht wenigstens einen Teil ihrer Forderungen in Höhe von 500 Millionen in konvertierbaren Goldrubeln als Kredit zurückbekommen dürften, um die zur Modernisierung ihrer Industrie dringend benötigten Maschinen im westlichen Ausland kaufen zu können. Die sowjetische Führung aber dachte gar nicht daran, in brüderlicher Gemeinschaft mit den Tschechen deren fortgeschrittene Industrie weiter auszubauen, sie brauchte gerade die Devisen, um sich bei amerikanisch beherrschten Unternehmen wie *Olivetti*<sup>20)</sup> einzudecken. Statt *Skoda* zu modernisieren, machten sie Geschäfte mit *Fiat* und *Renault*<sup>21)</sup>.

#### IV

Daß es so wie unter *Novotny* nicht weitergehen konnte, wird auch von den Orthodoxen nicht bestritten. Insbesondere *Walter Ulbricht* hatte schon zeitig erkannt, welche brisante Lage sich in der CSSR zusammenbrauen könnte, wenn die Reformen am skietrotischen Leitungssystem länger hinausgezögert würden. Daß auch in zunehmendem Maße Marktmechanismen zur Optimierung der in einigen Bereichen noch nicht überwundenen Warenproduktion berücksichtigt werden müssen, ist seit *Liebermann* und *Trapetznikow* praktisch, und von *Oskar Lange* bis *Wlodzimierz Bruz* theoretisch schon längst allgemein anerkannt. Unerträglich für die Warschauer Bruderstaaten hingegen war, daß die Frage der Marktbeziehungen, die sich blitzschnell und konsequent zum Problem der Handelsausbeutung durch die SU auswachsen würde, in aller Öffentlichkeit diskutiert wurde. Daß ein *Erich Apel* aus Verzweiflung über diesen Tatbestand sich hinter verschlossenen Türen eine Kugel in den Kopf jagte, mochte noch angehen. Zu einer Existenzfrage für die in Partei und Staat Herrschenden wäre es geworden, wenn die Massen sich ihres materiellen Interessengegensatzes zu der revisionistischen Führung der SU bewußt geworden wären. Genau das aber drohte in der CSSR zu geschehen.

Unter den Reformern waren viele Opfer der *Slansky-Vtozesse*, die mit den wahren Gründen der damaligen Säuberungen nicht hinter dem Berg hielten. *Löbl* schilderte, wie große Teile der Partei, die nicht bereit waren, das Wohl der tschechoslowakischen Wirtschaft den sowjetischen Interessen bedingungslos unterzuordnen, liquidiert wurden, wie *Mikojan* 1947, einem Jahr der Mißernten, hemmungslos Spekulationspreise für sein Getreide forderte<sup>22)</sup> und wie dann später jeder Widerstand gegen diese Praktiken als todeswürdiger Verrat am Kommunismus geahndet wurde<sup>23)</sup>. Die Rehabilitation der Opfer konnte nicht als persönliche Wiedergutmachung oder Bestrafung einzelner krimineller Individuen abgehen<sup>24)</sup>, sondern tendierte dazu, den gesamten Partei- und

19) NZZ v. 6. 10. 1968, Bl. 34.

20) NZZ v. 28. 9. 1968, Bl. 13.

21) NZZ y. 20. 10. 1968.

22) Eugen Löbl, *Dusan Pokorny: Die Revolution rehabilitiert ihre Kinder.* Wien 1968, S. 30.

23) ebenda S. 32.

24) Vgl. Blätter für deutsche und internationale Politik, Sept. 1968, S. 939. Siehe auch E. H3gemann-Ledwohn in: Sozialistische Hefte 9./10. 1968, S. 484.

Staatsapparat in seinem bisherigen personellen Zusammenhang und seiner Struktur als Handlanger des „sowjetrevisionistischen Sozialimperialismus“<sup>25)</sup> zu entlarven<sup>26)</sup>.

Die Reform mußte kommen; doch sie kam zu spät. Die Krise war zu grundlegend, die Misere zu tief verwurzelt, die Widerstände des Alten noch zu groß<sup>27)</sup>, die allgemeine Unzufriedenheit schon zu groß, die Zeit drängte zu sehr, als daß man die Auswechslung der Kader und die Umstrukturierung bruchlos im geschlossenen Rahmen des Partei- und Staatsapparates hätte durchführen können. Die Partei war nicht mehr in der Lage, aus sich heraus die Reformen mit der notwendigen Schnelligkeit zu verwirklichen. Der Skandal war da, bevor er formuliert wurde; die kommunistische Partei hatte ihre Rolle als Avantgarde verloren und war zum retardierenden Element der Geschichte geworden.

Die Reformer brauchten die Unterstützung von Kräften außerhalb der Partei. Das ideell nächstliegende für sie als Mitglieder einer kommunistischen Partei hätte die *Mobilisierung des Proletariats* sein müssen. Das aber war für sie weder annehmbar, denn selbst die weitestgehenden Pläne hinsichtlich der Räte der Werktätigen, beispielsweise, blieben hinter qualifizierter Mitbestimmung in der Bundesrepublik zurück<sup>28)</sup>, noch war es durchführbar; denn die Massen mußten durch Aufklärung, Information und Diskussion überhaupt erst die ihnen von der Novotny-Bürokratie so lange vorenthaltene Möglichkeit erlangen, sich ihrer Interessen und ihrer politischen Aktionsformen bewußt zu werden. In dieser zwiespältigen Lage fiel den *Intellektuellen* eine spezifische Rolle zu. Sie mußten die Kritik am hergebrachten System artikulieren und zugleich verhindern, daß die Protestwelle über die technokratischen Lösungen hinaustriebe, welche für die in der stalinistischen Bürokratie emporgekommene Expertenschicht annehmbar sind<sup>29)</sup>. Die Gefahr, daß eine Massenbewegung sich nicht nur als Druckmittel zur Auswechslung der Eliten erweist, sondern in die Diktatur des Proletariats mündet, mußte gebannt werden. Die Errungenschaft des Revisionismus, die Gliederung der Gesellschaft in unterschiedlich privilegierte Schichten, durfte nicht angetastet werden.

Im Prozeß der eigenen Konsolidierung war es für die im Staats- und Parteiapparat an die Macht gekommene Schicht der Technokraten notwendig, die Konsolidierung anderer Schichten und Interessengruppen zu fördern, zu stärken und ihnen die Möglichkeit der eigenen Artikulation zu geben. Dazu bedurfte es einer adäquaten Ideologie. Diese lautete auf eine kurze Formel gebracht: Nach zwanzig Jahren Führung durch die kommunistische Partei, nach vollständiger Kollektivierung aller Produktionsmittel<sup>30)</sup>, gibt es in der Tschechoslowakei keine gesellschaftlichen Antagonismen, keine Klassen-gegensätze mehr. Die Gesellschaft ist jedoch in Schichten unterteilt, denen eine Pluralität der Interessen entspricht. Es gibt nur eine adäquate politische Struktur für diesen Zustand, den Parlamentarismus. In den Verhandlungen des autonomen Parlaments kann der *Interessenpluralismus* zur Harmonie gebracht werden.

Dieses vor allem von *Zdenek Mlynär* entwickelte politische Konzept<sup>31)</sup> steht in engem organischen Zusammenhang mit der von *Radovan Ricbta* in seinem Werk „Zivilisation am Scheideweg“<sup>32)</sup> erarbeiteten Vorstellungen einer *technologischen Revolution*.

25) Dieser Begriff wurde auf die sozialdemokratischen Chauvinisten geprägt. — Vergl.: Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Ausgewählte Werke Bd. I S. 8565 —; derzeit wird er vornehmlich von den chinesischen Kommunisten verwandt, um die ausbeuterische Politik der in Staat und Partei der Sowjetunion herrschenden Schicht zu kennzeichnen. — Vergl.: Peking Rundschau 1968, Nr. 43, S. 4 ff.

26) Eugen Löbl, Dusan Pokorny, a.a.O., S. 62 und S. 64.

27) Vgl. O. Sik, Plan u. Markt im Sozialismus, S. 91.

28) O. Krofta in: Osteuropa Wirtschaft 1968 Nr. 3: Die Willensbildung des sozialistischen Betriebes in der CSSR, S. 232 ff. Voltaire Flugschrift Nr. 26. B. Heinrich, S. 32.

29) Vgl. O. Negt: Das Ende des Stalinismus, in: Prag und die Linke, Konkret extra Nr. 2, S. 26 und ,28.

30) NZZ, 20. 10. 1968, S. 35.

31) CSSR im Umbruch, S. 93 ff.

32) In Prag 1968 unter dem Titel »Civilisation at the Crossroads. Social and Technical implications of the scientific and technological revolution.« erschienen. Die deutsche Ausgabe ist bei Suhrkamp in Vorbereitung.

Gerade in den fünfziger Jahren, der Zeit vorübergehender Wirtschaftsblüte, hatte man es versäumt, Anreize für die Erlernung wissenschaftlich und technisch qualifizierter Berufe zu schaffen. In den meisten Produktionszweigen war die Technik und Technologie mehr oder weniger weit hinter dem fortschreitenden Weltstandard zurückgeblieben. Dieser relative Mangel führte dazu, daß die Arbeitskraft der technischen Intelligenz in der tschechoslowakischen Wirtschaft einen unverhältnismäßig hohen Grenznutzen stiftet. Da im Wettkampf der Systeme nur die Gesellschaftsordnung bestehen kann, die in der durch die Automation gekennzeichneten Umwälzung der Produktionsverfahren mithalten kann, wird sich dieser Zustand noch auf lange Zeit erhalten oder gar verschärfen. Diese Situation wurde ideologisch überhöht, indem man die Marxsche Arbeitswertlehre revidierte und die geistige Arbeit zur wahren Quelle des Reichtums erklärte<sup>33</sup>). Die Schicht der technischen und administrativen Intelligenz, die im wesentlichen dem bürgerlichen Milieu und seinen Traditionen verhaftet war<sup>34</sup>), versuchte so ihre privilegierte Stellung ins pluralistische System einzubringen und zu stabilisieren, sich von einer funktionalen Elite zu einer herrschenden Klasse zu wandeln.

Ihrem Wesen und ihrer praktischen Ausprägung nach ist eine solche Ideologie eine liberaldemokratische. Besser als jede lange Analyse beweist diese These folgendes Zitat:

„Triebkraft des Unternehmertums ist die Befriedigung der Eigeninteressen des unternehmenden Subjekts — des Interesses an Stabilität und Wachstum der Einkünfte — wobei das Mittel hierzu die Befriedigung der Interessen anderer Subjekte darstellt, die auf dem Markt realisierte Befriedigung ihrer Bedürfnisse nach Waren und Dienstleistungen“<sup>35</sup>).

Man begreift den funktionalen Stellenwert dieser Ideologie im Prozeß der Reform, wenn man sie im Hinblick auf die notwendige personelle Veränderung innerhalb der KPC betrachtet. Sie diente dazu, die Gruppe der Reformer als eigene Schicht zu etablieren. Es war der Versuch, bestimmte Teile der Partei und Staatsführung in eine gesamtgesellschaftliche Elite zu transformieren, die sich der Zustimmung der Bevölkerung versichern konnte.

Wenn diese Ideologie zur herrschenden werden sollte, mußte sie von gesellschaftlichen Kräften propagiert werden, die selber davon Vorteile zu erwarten hatten und die sich vor großen Teilen der Bevölkerung durch, wenn auch verzerrte, Wahrnehmung deren Interessen legitimieren konnte. Für diese Aufgabe eigneten sich vornehmlich die Intellektuellen. Sie waren am fortgeschrittensten in ihrem Selbstverständnis als Schicht. Ihnen war im Gefüge der pluralistisch parlamentarischen Demokratie ein bevorzugter Platz sicher. Sie kamen mit ihrer Kritik am Novotny-Regime und an der Sowjetunion den Interessen weiter Kreise und gerade auch der Arbeiterklasse entgegen. Genau hier aber lag das Dilemma. Die *offene Kritik* war die einzige Form der Konsolidierung des neuen Systems und eben sie mußte mit tödlicher Sicherheit eine Konsolidierung verhindern; denn weder die KPdSU noch die übrigen Parteien des Warschauer Paktes konnten sich, ohne in immense innere Schwierigkeiten zu geraten, ihre Entlarvung als Sozialimperialisten bzw. deren Ausbeutungsgehilfen leisten. Form und Inhalt der tschechoslowakischen Reform war zur Existenzfrage für die Struktur der gesamten Beziehungen zwischen den Ostblockstaaten geworden. Der Einmarsch war die Konsequenz.

Der liberaldemokratische Ausbruch aus dem stalinistischen System mußte an seinen eigenen Widersprüchen scheitern. Das Proletariat konnte nicht auf seine Interessen hin mobilisiert werden, da es wiederum nur von einer anderen privilegierten Schicht dominiert werden sollte. Das erwies sich eklatant an der Einstellung zur Bewaffnung der *Arbeitermilizen*. Die Gruppe um *Dubcek* mußte im bewaffneten Proletariat ein ge-

33) Vgl.: E. Löbl, *Die Geistige Arbeit — Die wahre Quelle des Reichtums*, Düsseldorf 1968, insbes. S. 143, S. 152.

34) *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Sept. 1968, S. 916.

35) *CSSR im Umbrua*, S. 31.

gefährliches Hindernis für die Durchsetzung ihrer Sonderinteressen sehen; sie duldet folgerichtig, daß die Entwaffnung dieser Milizen, die als Stütze des Novotny-Regimes galten, vorbereitet wurde<sup>36</sup>). Als sich bei der Invasion zeigte, daß die Arbeiterklasse klar und geschlossen den Gegensatz zur revisionistischen Politik der KPdSU als den Hauptwiderspruch erfaßt hatte, den Parteitag in den CKD-Werken abhielt und die Okkupanten militant sabotierte, kamen die Reformer kaum aus dem Staunen heraus<sup>37</sup>). Nur die Einheit von bewaffnetem Proletariat und wirklicher Avantgarde hätte die Invasoren zurückschlagen können. Zu dieser Einheit kann es aber nicht kommen, solange letztere immer wieder zu einer Herrschaftelite degenerieren muß, da die persönlichen Leistungsmotivationen von *ökonomischen Hebeln* und materiellen Anreizen bestimmt werden, deren historische Widersprüchlichkeit nicht begriffen worden ist und die im Grunde immer noch die bürgerlichen Privatinteressen sind.

Sobald ein Mensch mehr als das unmittelbar, gewissermaßen biologisch Notwendige an Nahrung, Kleidung und Behausung zum Leben hat, sind seine *Konsumbedürfnisse* in zunehmenden Maße subjektiv, mithin auch gesellschaftlich, vermittelt. Niemand würde behaupten, daß ein Auto nur ein Fortbewegungsmittel ist und nicht zugleich soziales Statussymbol. Dasselbe gilt von praktisch allen Konsumgütern, von der Villa bis zum Nylonstrumpf. Welchen Einsatz es den Kapitalismus gekostet hat, die ihm angemessenen sozialen Wertschätzungen und Bedürfnisse zu schaffen, erlebt man jedesmal wieder, wo er auf ältere Gesellschaftsformen trifft und sich gegen die dort für ihn herrschende Bedürfnislosigkeit und den Hang zum dolce far niente durchsetzen muß, von den heutigen Werbeanstrengungen ganz zu schweigen.

Der wirkliche Gebrauchswert der Konsumgüter tritt zunehmend hinter ihrem Fettscharakter zurück. Bezeichnend für die manipulative Einstellung der revisionistischen Herrschaftseliten zu den werktätigen Massen ist die Vorliebe für den mechanistischen Begriff der *ökonomischen Hebel*<sup>38</sup>), — als gelte es, menschenähnliche Roboter an die Arbeit zu setzen. Man kann bloß raten, ob es ihnen entgangen ist, daß die Hebel weit weniger materiell als vielmehr die Verdinglichung spezifisch *bürgerlicher* Beziehungen sind, oder ob gerade das ihnen gelegen kam.

Die konkrete Negation des bürgerlichen Konsums wird bisher kaum in Ansätzen geleistet. Abstrakt idealistische Aufrufe zur Mobilisierung des Bewußtseins<sup>39</sup>) stellen die Geschichte wieder auf den Kopf, welche Marx auf die Füße bringen wollte. Nur linke Kinderei kann in schwärmerischen Mao-Guevarismus vergessen, daß der *Kulturrevolution* in China die Mühsal des Großen-Sprungs-nach-vorn vorangegangen ist und daß in den Kommunen der Rahmen für eine sozialistisch umgestaltete und dennoch durchaus materielle Interessiertheit geschaffen wurde. Entsprechende konkrete Alternativen sind für die Industrieländer, ausgehend etwa von der Urbanismusproblematik, erst noch zu erarbeiten, ehe durch eine die gesamte Gesellschaft umfassende Kulturrevolution die Konsumanreize zu sozialistischen werden können. Der Städtebau strukturiert die Funktion des kostspieligsten und langlebigsten Konsumgutes, der Wohnung, für den Einzelnen vor. Vom Städtebau hängt es ab, ob im Grunde überflüssiger Konsum künstlich notwendig gemacht wird. Das hohe Interesse der Automobilindustrie an der Förderung des „Wunsches\* nach einem Eigenheim, das in der zersiedelten Weite der Vorstadtlandschaft ohne Privatwagen nicht erreichbar ist, liegt auf der Hand. Ähnliche Abhängigkeit ließe sich für die Mehrzahl der „Konsumbedürfnisse“ nachweisen. Wer

36) Blätter für deutsche und internationale Politik, Sept. 1948, S. 943; Sozialistische Hefte 9/10, 1968, S. 556 f.

37) NZZ v. 29. 8. 1968.

38) Man vergleiche nur als Beispiele O. Sik, Plan und Markt im Sozialismus, S. 193 u, S. 331; — E. Apel, G. Mittag, Planmäßige Wirtschaftsführung und ökonomische Hebel, Berlin 1964.

39) Voltaire Flugschrift Nr. 26, Brigitte Heinrich, die ökonomische Entwicklung in der CSSR, S. 33. — „ökonomische Hebel allein führen zur Entpolitisierung der Massen. Ein Schritt weiter zum Sozialismus: das wäre die Mobilisierung des Bewußtseins der Bevölkerung.“



#### ÖKONOMISCHE HINTERGRÜNDE DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN KRISE

glaubt, diese Zusammenhänge seien zu kompliziert, um sie der Arbeiterschaft zu vermitteln, und sich mit deren aktuellem Bewußtseinsstand herauszureden versucht, hat die Lehren des Pariser Mai-Aufstandes nicht in Ansätzen begriffen. Wo Ausbeutung über den Konsumzwang realisiert wird, wo im konkreten politischen Kampf sich die Parole gegen die Konsumgesellschaft, gegen Manipulation und irrationalen Leistungsdruck, durchsetzt, müssen sich traditionalistische, auf den Trade-Unionismus herabgesunkene, Organisationen als reaktionär erweisen. Die Kritik und Umgestaltung der bürgerlichen, scheinbar materiellen, Bedürfnisse ist Voraussetzung jeder wirklichen Revolution, jeder wirklichen Entstalinisierung.